

**Zusammenfassung des Vorsitzes
Toyako/Hokkaido, 9. Juli 2008**

Wir sind in Toyako auf Hokkaido zusammengekommen, um uns den zentralen Herausforderungen zuzuwenden, denen wir uns heute gegenübersehen. Wir haben die Erklärung von Toyako/Hokkaido der Staats- und Regierungschefs der G8 sowie drei gesonderte Erklärungen zu Globaler Ernährungssicherheit, Terrorismusbekämpfung und Simbabwe verabschiedet.

I

Weltwirtschaft

In unseren Erörterungen über die Weltwirtschaft stellten wir fest, dass sich das Wachstum in unseren Ländern zwar abgeschwächt hat, wir unser künftiges Wachstum jedoch nach wie vor positiv einschätzen. Wir waren uns allerdings darin einig, dass es wichtig ist, insbesondere an den Themen gestiegene Öl- und Nahrungsmittelpreise und globaler Inflationsdruck, Stabilität der Finanzmärkte und Kampf gegen den Protektionismus zu arbeiten.

Mit Blick auf die Stärkung der Anpassungsfähigkeit des Finanzsystems betonten wir, wie wichtig es ist, rasch alle Empfehlungen des Forums für Finanzmarktstabilität umzusetzen. Indem wir die wichtige Rolle des IWF betonen und die bisherigen Fortschritte bei seiner Reform begrüßen, unterstützen wir auch weitere diesbezügliche Fortschritte.

Wir bekennen uns nachdrücklich dazu, die Möglichkeiten der Globalisierung zu Gunsten unserer Bürger und des weltweiten Wachstums zu nutzen. Wir bekräftigten unsere Entschlossenheit, protektionistischem Druck zu widerstehen, und brachten unseren festen Willen zum Ausdruck, auf den Abschluss eines ehrgeizigen, ausgewogenen und umfassenden WTO-Übereinkommens von Doha hinzuarbeiten.

Als Reaktion auf die drastisch gestiegenen Ölpreise haben wir vereinbart, das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage durch Bemühungen der Erzeuger- und Verbraucherländer und einen Dialog zwischen ihnen mit dem Ziel zu verbessern, die Transparenz zu erhöhen. Wir betonten die Notwendigkeit einer gesteigerten Produktion und größerer Raffineriekapazitäten sowie verstärkter Investitionen auf der Angebotseite und betonten, wie wichtig es ist, auf der Nachfrageseite weitere Anstrengungen zur Verbesserung der Energieeffizienz und zur stärkeren Energiediversifizierung zu unternehmen. In diesem Zusammenhang schlugen

wir die Abhaltung eines Energieforums vor, das sich auf Energieeffizienz und neue Technologien konzentrieren soll. Japan bot an, dieses Treffen noch in diesem Jahr auszurichten, was von anderen Mitgliedern begrüßt wurde. Es ist wichtig, dieses Treffen eng mit der in London geplanten Folgetagung des vor kurzem durchgeführten Djidda-Treffens zu koordinieren. Wir erkennen darüber hinaus die Notwendigkeit größerer Transparenz auf den Energiemärkten an und unterstützten daher die Analyse realer und finanzieller Faktoren, die dem jüngsten drastischen Anstieg der Öl- und Rohstoffpreise zugrunde liegen, sowie die von einschlägigen nationalen Behörden und internationalen Organisationen unternommenen Anstrengungen, nicht zuletzt auf dem Gebiet der Transparenz an den Warenterminmärkten.

Wir begrüßen den Fortschritt des Heiligendamm-Prozesses und bekräftigen unser Bekenntnis zu ihm.

II

Umwelt und Klimawandel

Wir streben an, mit allen Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) die Vision zu teilen, bis zum Jahr 2050 eine Reduzierung der weltweiten CO₂-Emissionen um mindestens 50% zu erreichen und dieses Ziel gemeinsam mit ihnen im Rahmen der UNFCCC-Verhandlungen zu erörtern und zu beschließen, wobei uns bewusst ist, dass diese globale Herausforderung nur durch eine globale Anstrengung im Einklang mit dem Prinzip gemeinsamer, aber differenzierter Verantwortlichkeiten und entsprechender Fähigkeiten bewältigt werden kann, insbesondere durch die Beiträge aller wichtigen Volkswirtschaften. Wesentliche Fortschritte in Richtung auf ein so langfristiges Ziel erfordern den beschleunigten Einsatz vorhandener Technologien und werden davon abhängen, dass Technologien mit geringem CO₂-Ausstoß entwickelt und eingesetzt werden.

Wir erkennen an, dass sich die Maßnahmen der wichtigen entwickelten Volkswirtschaften von denen der großen Entwicklungsländer unterscheiden werden. In dieser Hinsicht nehmen wir unsere Führungsrolle an, und jeder von uns wird anspruchsvolle, die ganze Volkswirtschaft umfassende mittelfristige Ziele durchsetzen, um tatsächliche Emissionsminderungen zu erreichen bzw. gegebenenfalls zunächst schnellstmöglich den Anstieg der Emissionen zu stoppen, worin sich vergleichbare Anstrengungen aller entwickelten Volkswirtschaften widerspiegeln und wobei die Unterschiede ihrer nationalen Bedingungen zu berücksichtigen sind. Ferner werden wir dazu beitragen, die Minderungspläne der großen Entwicklungsländer durch

Technologie, Finanzierung und Aufbau von Kapazitäten zu unterstützen. Um ein wirksames und ehrgeiziges globales Klimaregime nach 2012 sicherzustellen, werden sich gleichzeitig alle wichtigen Volkswirtschaften zu substantiellen Begrenzungsmaßnahmen verpflichten müssen, die in dem internationalen Übereinkommen festzulegen sind, das bis Ende 2009 auszuhandeln ist. Unter anderem sind sektorale Ansätze nützliche Werkzeuge zur Erreichung nationaler Emissionsminderungsziele.

Wir erörterten außerdem verschiedene Themen wie die Verbesserung der Energieeffizienz, die vermehrte Nutzung sauberer Energie, Anpassungsmaßnahmen, Technologie, Finanzierung, marktbasierende Mechanismen und Tarifsenkungen. In Bezug auf Energieeffizienz begrüßten wir den vor kurzem gefassten Beschluss zur Gründung der Internationalen Partnerschaft für Zusammenarbeit im Bereich Energieeffizienz (IPEEC). Zum Thema erneuerbare Energien unterstrichen wir die Bedeutung der Herstellung und Nutzung nachhaltiger Biokraftstoffe, einschließlich wissenschaftsbasierter Bewertungsmaßstäbe und Indikatoren, und traten dafür ein, Forschung und Entwicklung für die zweite Generation von Biokraftstoffen fortzuführen. Auf dem Gebiet der Nukleartechnik konnten wir beobachten, dass eine wachsende Zahl von Ländern ihr Interesse an Kernenergieprogrammen zum Ausdruck bringen, die sie als Mittel sehen, um die Probleme im Bereich Klimawandel und Energiesicherheit anzugehen. Japan schlug vor, eine internationale Initiative zu einer auf den "3S" basierenden Kernenergieinfrastruktur auf den Weg zu bringen. Zum Thema Anpassung kamen wir überein, die Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern unter anderem durch eine erweiterte Hilfe für ihre Bemühungen um Anpassung an den Klimawandel fortzusetzen und zu stärken. Beim Thema Technologie kamen wir überein, eine internationale Initiative zur Ausarbeitung von Zeitplänen für die Entwicklung innovativer Technologien auf den Weg zu bringen. Wir betonten die Bedeutung von Forschung und Entwicklung und setzten uns dafür ein, die Investitionen in diesem Bereich zu erhöhen. G8-Mitglieder haben bisher für die kommenden Jahre jährlich mehr als 10 Milliarden US-Dollar zugesagt. Im Bereich Finanzierung begrüßten und unterstützten wir die Einrichtung der Klima-Investitionsfonds (CIF), darunter des Fonds für saubere Technologien (CTF) und des strategischen Klimafonds (SCF). Die G8-Mitglieder haben bislang als Beitrag öffentlicher Entwicklungshilfe zu den Fonds etwa 6 Milliarden US-Dollar zugesagt und begrüßten Zusagen anderer Geber. Zu den Marktmechanismen wie Emissionshandel auf innerstaatlicher und internationaler Ebene, steuerliche Anreize, leistungsorientierte Regulierung, Gebühren oder Steuern und die Kennzeichnung für den Verbraucher stellten wir fest, dass sie dazu beitragen, in kosteneffizienter Weise Emissionsminderungen zu erreichen. Wir betonten, dass die Bemühungen im Rahmen der WTO-Verhandlungen, tarifäre und nichttarifäre Handelshemmnisse für Umweltgüter und -dienstleistungen abzuschaffen, inten-

siviert werden und die Absenkung oder Abschaffung von Handelshemmnissen auf freiwilliger Basis für diese Güter und Dienstleistungen erwogen werden sollten. Wir stellten fest, dass die multilateralen Entwicklungsbanken im Hinblick auf den beschlossenen Investitionsrahmen für saubere Energie und Entwicklung (CEIF) erhebliche Fortschritte gemacht haben, und begrüßten ihr gemeinsames Engagement, mehr als 100 Milliarden US-Dollar an privaten und öffentlichen Investitionen zu mobilisieren.

Wir stellten ferner fest, wie wichtig es ist, Umweltthemen wie den Schutz des Waldes, die biologische Vielfalt, Reduzierung, Wiederverwendung und Wiederverwertung (3R) sowie Bildung für eine nachhaltige Entwicklung (ESD) anzugehen.

Wir sind mit den Staats- und Regierungschefs anderer wichtiger Volkswirtschaften zusammengetroffen und würdigten den positiven Beitrag dieser Staats- und Regierungschefs zum UNFCCC.

III

Entwicklung und Afrika

Zur Halbzeit der Millenniums-Entwicklungsziele (MDG) erneuerten wir unsere Entschlossenheit, mit den Entwicklungsländern bei der Verwirklichung dieser Ziele zusammenzuarbeiten, sowie unsere in Gleneagles abgegebenen ODA-Zusagen zu erfüllen. Wir betonten ferner die Bedeutung verschiedener Ansätze bei der Verwirklichung dieser Ziele, nämlich die Verbesserung der menschlichen Sicherheit und die Förderung verantwortungsbewussten staatlichen Handelns, eines von der Privatwirtschaft ausgehenden Wachstums sowie eines "partizipativen Ansatzes" unter Einbeziehung verschiedener Interessenträger. Es wurde allgemein anerkannt, dass der jüngste Anstieg der Öl- und Nahrungsmittelpreise die Volkswirtschaften der am wenigsten entwickelten Länder schwer trifft.

Bei den MDG konzentrierten sich unsere Erörterungen auf die Themen Gesundheit, Wasser und Bildung. Die Themen Wasser und sanitäre Grundversorgung sowie Bildung werden von unseren Experten in Berichten, die diese in Erfüllung unserer Zusagen bis zum nächsten Gipfel erstellen werden, eingehend behandelt. Im Bereich Gesundheit begrüßten wir den von unseren Gesundheitsexperten vorgelegten Bericht mit den angehängten Matrizen, in dem die Umsetzung bisheriger Zusagen dokumentiert wird. Aufbauend auf den Zusagen von Sankt Petersburg zur Bekämpfung von Infektionskrankheiten wird im Expertenbericht der "Aktionsrahmen von Toyako" beschrieben, der Handlungsgrundsätze und durchzuführende Maßnah-

men beinhaltet. Wir haben uns auch auf die Schaffung eines Folgemechanismus zur Überprüfung unserer Fortschritte beim Erfüllen unserer Zusagen geeinigt. Wir kamen überein, Schritte zur Erhöhung der Versorgung Afrikas mit medizinischem Personal auf den WHO-Schwellenwert von 2,3 Mitarbeitern je 1.000 Personen zu unternehmen, zunächst in Partnerschaft mit den afrikanischen Ländern, in denen wir uns gegenwärtig engagieren und wo ein kritischer Mangel an medizinischem Personal herrscht. Wir begrüßten substanzielle Fortschritte bei unseren früheren Zusagen auf dem Gebiet der Bekämpfung von HIV/AIDS, Tuberkulose, Malaria und Polio und kamen überein, die Bekämpfung oder Ausrottung vernachlässigter Tropenkrankheiten zu unterstützen, damit mindestens 75% der Menschen, die an vernachlässigten Tropenkrankheiten leiden, erreicht werden. Wir erörterten ferner den Zeitrahmen für die Bereitstellung von 60 Milliarden US-Dollar zur Bekämpfung von Infektionskrankheiten und zur Stärkung der Gesundheit, und kamen überein, dies über einen Zeitraum von fünf Jahren zu tun, während einige Länder zusätzliche Mittel für Gesundheitssysteme einschließlich Wasser bereitstellen werden. In unserer Diskussion über Malaria gelangten wir zu der Einigung, auch weiterhin den Zugang zu langlebigen insektizid-behandelten Netzen mit dem Ziel zu erweitern, durch bilaterale und multilaterale Hilfsmaßnahmen und in Partnerschaft mit anderen Interessenträgern bis Ende 2010 100 Millionen Netze zur Verfügung zu stellen. Beim Thema Bildung stellten wir fest, dass wir gemeinsam mit anderen Gebern weiterhin bestrebt sein werden, die auf rund eine Milliarde US-Dollar geschätzten Defizite der von der FTI unterstützen Länder zu decken.

Zum Themenkomplex Afrika betonten wir unter Berücksichtigung der von den afrikanischen Staats- und Regierungschefs während der Outreach-Sitzung am 7. Juli geäußerten Auffassungen sowie der 4. Internationalen Konferenz von Tokyo über die Entwicklung Afrikas (TICAD IV) die Bedeutung von Schlüsselpolitiken – wie sie unsere Erklärung erwähnt –, die für ein von der Privatwirtschaft getragenes Wachstum und die Erreichung der MDG ausschlaggebend sind; gleichzeitig bekräftigten wir die Grundsätze von Eigenverantwortung und Partnerschaft sowie die besondere Bedeutung von Frieden und Sicherheit in Afrika. Wir hatten auch einen ausführlichen Meinungsaustausch über staatliches Handeln in Afrika mit besonderem Augenmerk auf Simbabwe, und wir teilten die Auffassung, dass verantwortungsbewusstes staatliches Handeln von grundsätzlicher Bedeutung für die Förderung nachhaltiger Entwicklung auf der Grundlage gegenseitiger Rechenschaftspflicht darstellt. Wir werden Möglichkeiten prüfen, wie wir das Gespräch mit unseren afrikanischen Partnern noch besser pflegen können.

Zum Thema steigende Nahrungsmittelpreise waren wir alle sehr besorgt über deren Konsequenzen und bekräftigen unsere Entschlossenheit, alle erdenklichen Maßnahmen zu treffen, um dieser vielgestaltigen Strukturkrise zu begegnen. In diesem Sinne haben wir seit Januar 2008 10 Milliarden US-Dollar zugesagt und andere Geber aufgerufen, sich uns anzuschließen und weitere Zusagen abzugeben.

Wir haben ein breites Spektrum kurz-, mittel- und langfristiger Reaktionen erörtert und kamen überein, eine Reihe von Maßnahmen zu ergreifen, wie aus unserer gesonderten Erklärung zur Globalen Ernährungssicherheit hervorgeht, darunter die Gewährleistung der Vereinbarkeit von Politiken zur nachhaltigen Produktion und Nutzung von Biokraftstoffen mit der Ernährungssicherheit. Diese Maßnahmen zielen darauf ab, den Menschen zu helfen, die unter Ernährungsunsicherheit oder Hunger leiden, den Weltmarkt und das Handelssystem für landwirtschaftliche Produkte und Nahrungsmittel zu stärken, die Nahrungsmittelproduktion weltweit zu stimulieren und die landwirtschaftliche Produktivität zu erhöhen. Vor allem betonten wir, wie wichtig es ist, den allgemeinen Rückgang der Hilfsleistungen und Investitionen in der Landwirtschaft umzukehren, und sagten zu, unsere Unterstützung für die Initiativen der Entwicklungsländer auf diesem Gebiet erheblich aufzustocken, unter anderem indem wir darauf hinarbeiten, in fünf bis zehn Jahren die Produktion der wichtigsten Grundnahrungsmittel in bestimmten afrikanischen Ländern zu verdoppeln.

Wir haben eine G8-Expertengruppe eingesetzt, um die Umsetzung unserer Verpflichtungen zu beobachten. Die Gruppe wird auch die vom VN-Generalsekretär geleitete hochrangige Arbeitsgruppe zur globalen Nahrungsmittelkrise unterstützen und mit der Völkergemeinschaft auf eine globale Partnerschaft hinarbeiten, die bestehende Institutionen stärkt und auf ihnen aufbaut und alle Interessenträger einbezieht, einschließlich der Regierungen, des Privatsektors und der Zivilgesellschaft der Entwicklungsländer. Wir kamen ferner überein, ein Treffen der G8-Landwirtschaftsminister abzuhalten, das die Fortschritte bei diesem Thema im Rahmen des nächsten Gipfels überprüfen soll.

IV

Politische Themen

Demokratische Volksrepublik Korea: Wir sind unverändert entschlossen, eine nachprüf-
bare Entnuklearisierung der koreanischen Halbinsel zu erreichen. Wir fordern die Demokra-
tische Volksrepublik Korea dringend auf, im Einklang mit der gemeinsamen Erklärung vom
19. September 2005 und den Resolutionen 1695 und 1718 des VN-Sicherheitsrats alle Kern-
waffen und existierenden Kernwaffenprogramme sowie alle Programme betreffend ballis-
tische Flugkörper aufzugeben und zur vollständigen Einhaltung ihrer NVV-Verpflichtungen
zurückzukehren. Wir brachten unsere unveränderte Unterstützung für die Sechs-Parteien-
Gespräche zum Ausdruck und begrüßen die – wenn auch längst überfällige – Vorlage einer
Deklaration durch die Demokratische Volksrepublik Korea als einen wichtigen Schritt in
Richtung auf die Verwirklichung dieser Ziele. Wir betonen die Bedeutung der Verifikation
dieser Deklaration, sehen einer baldigen Einigung auf die Prinzipien/das Regime für die
Verifikation der Deklaration entgegen und fordern die Demokratische Volksrepublik Korea
dringend auf, uneingeschränkt an der Verifikation mitzuwirken sowie alle bestehenden kern-
technischen Anlagen rasch unbrauchbar zu machen. Wir betonen die Bedeutung der Be-
schleunigung der Sechs-Parteien-Gespräche mit dem Ziel der vollständigen Umsetzung der
gemeinsamen Erklärung vom 19. September 2005 einschließlich der Aufgabe aller Kern-
waffen und bestehenden Kernwaffenprogramme der Demokratischen Volksrepublik Korea.
Wir drängen außerdem darauf, dass die Demokratische Volksrepublik Korea sofortige Maß-
nahmen ergreift, um anderen Sicherheitsfragen und Menschenrechtsproblemen/humanitären
Anliegen einschließlich der baldigen Lösung der Entführungsfrage Rechnung zu tragen.

Iran: Wir bringen unsere tiefe Besorgnis über die Nichterfüllung der internationalen Ver-
pflichtungen Irans nach Maßgabe mehrerer VN-Sicherheitsratsresolutionen zum Ausdruck,
insbesondere die Suspendierung aller anreicherungsbezogenen Aktivitäten. Wir bekennen uns
unverändert zu einer diplomatischen Lösung dieser Frage durch einen zweigleisigen Ansatz.
Wir unterstützen die Bemühungen Chinas, Deutschlands, Frankreichs, Russlands, des Ver-
einigten Königreichs und der Vereinigten Staaten sowie den hochrangigen Dialog des Vor-
sitzes mit Iran. Wir fordern Iran auf, konstruktiv auf das aktualisierte Paket von Anreizen zu
reagieren. Wir fordern Iran ferner dringend auf, in der Region verantwortlicher und kon-
struktiver zu agieren, insbesondere im Rahmen des Nahost-Friedensprozesses und in Bezug
auf die Stabilität Iraks und Afghanistans.

Afghanistan: Wir erneuern unser Bekenntnis zur Unterstützung Afghanistans. Gleichzeitig ermutigen wir die afghanische Regierung ausdrücklich, mehr Verantwortung für Sicherheit, staatliches Handeln und den Wiederaufbau zu übernehmen. Wir unterstützen das gestärkte Mandat der UNAMA und des Sonderbeauftragten des VN-Generalsekretärs, Kai Eide, in ihrer Schlüsselrolle als Gesamtkoordinatoren. Wir würdigen die Rolle, die die ISAF und die Operation "Enduring Freedom" einschließlich ihrer maritimen Komponente bei der Unterstützung dieser Bemühungen spielen. Wir werden unsere Hilfe für den Aufbau der afghanischen nationalen Streitkräfte und der afghanischen Polizei sowie für andere Elemente der Reform des Sicherheitssektors beschleunigen, darunter die Auflösung illegaler bewaffneter Gruppen, die Justizreform und die Drogenbekämpfung. Wir begrüßen das Ergebnis der internationalen Konferenz in Paris im Juni und verpflichten uns, auf eine größere Wirksamkeit der Hilfsmaßnahmen hinzuarbeiten. Wir betonen unser Engagement für die Unterstützung der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen. Wir kamen überein, unsere Hilfe für die Grenzregion zwischen Afghanistan und Pakistan als wesentlichen Bestandteil unserer Strategie zur Bekämpfung des Terrorismus zu stärken.

Naher Osten: Wir bekräftigten unsere uneingeschränkte Unterstützung für die israelisch-palästinensischen Verhandlungen mit dem Ziel, bis Ende 2008 eine Einigung zu erzielen. Wir fordern die Parteien auf, alles zu unterlassen, was die Verhandlungen untergraben würde, und ihre Verpflichtungen aus der Road Map zu erfüllen, beispielsweise alle Siedlungsaktivitäten einzufrieren und alle Gewaltakte, terroristische Handlungen sowie jegliche Aufstachelung zu solchen Taten zu beenden. Wir begrüßen den kürzlich in Kraft getretenen Waffenstillstand in Gaza und rufen zu seiner Einhaltung auf. Wir sind weiterhin entschlossen, die Palästinenser zu unterstützen und dazu beizutragen, die palästinensischen Institutionen zu stärken. Wir sehen einem umfassenden Frieden zwischen Israel und seinen Nachbarn erwartungsvoll entgegen.

Sudan: Wir äußerten uns erneut tief besorgt über die sich verschlechternde Sicherheitslage und humanitäre Situation sowie die Lage der Menschenrechte in Sudan. Wir fordern alle Parteien dringend auf, sich zu einer Wiederaufnahme des Friedensprozesses zu bekennen. Wir unterstützen unverändert UNAMID, ermutigen die Staaten, die Mission zu unterstützen, und fordern die Regierung Sudans dringend auf, bei der Beschleunigung der vollständigen Stationierung der Mission zu helfen. In Bezug auf Darfur rufen wir alle betroffenen Parteien auf, ihre Verpflichtungen aus den einschlägigen Resolutionen des VN-Sicherheitsrats zu erfüllen; andernfalls würden wir weitere angemessene Maßnahmen im VN-Sicherheitsrat unterstützen. Wir fordern Sudan und Tschad auf, sich an bestehende Friedensübereinkünfte zu halten. Wir

fordern ferner die betroffenen Parteien auf, das umfassende Friedensabkommen von 2005 nach Treu und Glauben vollständig umzusetzen und bekräftigen unsere Unterstützung für UNMIS.

Myanmar: Wir fordern die Behörden Myanmars auf, jegliche bestehende Behinderung der internationalen Hilfe aufzuheben und die Transparenz der in die vom Wirbelsturm betroffenen Gebiete gelangenden Hilfe zu verbessern. Wir äußerten uns besorgt über die gegenwärtige politische Lage in Myanmar. Wir fordern Myanmar auf, einen friedlichen Übergang zu einer legitimen, demokratischen Zivilregierung zu fördern. Wir ermutigen die Behörden Myanmars, alle Interessenträger in einen transparenten politischen Prozess einzubinden, der niemanden ausschließt. In diesem Zusammenhang fordern wir Myanmar auf, unverzüglich politische Gefangene freizulassen, auch Frau Aung San Suu Kyi. Wir unterstützen mit Nachdruck die Gute-Dienste-Mission des VN-Generalsekretärs und fordern Myanmar dringend auf, uneingeschränkt mit dem Sonderberater Ibrahim Gambari zusammenzuarbeiten. Wir sind bereit, positiv auf substantielle politische Fortschritte in Myanmar zu reagieren.

Simbabwe: Wir haben eine gesonderte Erklärung veröffentlicht. Wir erörterten darüber hinaus die Lage in Simbabwe mit den afrikanischen Staats- und Regierungschefs auf der Outreach-Sitzung am 7. Juli und teilten ihnen unsere Besorgnis mit.

Nigeria: Wir teilten die Sorge der nigerianischen Regierung angesichts der Gewalt in der nigerianischen Deltaregion. Wir werden die nigerianische Regierung in ihren Bemühungen um die Verbesserung der Sicherheitslage und die Förderung der Entwicklungsaussichten unterstützen.

Zusammenarbeit mit Indien auf dem Gebiet der zivilen Nutzung der Kernenergie: Wir sehen einer Zusammenarbeit mit Indien, der Internationalen Atomenergie-Organisation, der Gruppe der Nuklearlieferländer und anderen Partnern bei der Förderung der Nichtverbreitungsverpflichtungen Indiens und entsprechender Fortschritte auf diesem Gebiet mit Interesse entgegen, um so einen stabileren Ansatz zur Zusammenarbeit mit Indien auf dem Gebiet der zivilen Nutzung der Kernenergie zu erleichtern und dem Land auf diese Weise zu helfen, seinen wachsenden Energiebedarf in einer Weise zu decken, die das globale Nichtverbreitungsregime stärkt und verbessert.

Auffassungen der G11 und anderer Institutionen: Wir sind dankbar für die wertvollen Beiträge, die wir während der Vorbereitungsphase von verschiedenen Staats- und Regie-

rungschefs sowie von Institutionen, darunter von der jordanischen Präsidentschaft der G11, erhalten haben.

V

Auf der Outreach-Sitzung am 7. Juli trafen wir mit den Staats- und Regierungschefs Algeriens, Äthiopiens, Ghanas, Nigerias, Senegals, Südafrikas, Tansanias, dem Vorsitzenden der Afrikanischen Union sowie den Chefs der Vereinten Nationen und der Weltbank zusammen und erörterten Fragen der Entwicklung in Afrika, das Ergebnis der TICAD IV, globale Herausforderungen einschließlich steigender Nahrungsmittelpreise und die Millenniums-Entwicklungsziele.

Auf der Outreach-Sitzung am Morgen des 9. Juli trafen wir mit den Staats- und Regierungschefs Brasiliens, Chinas, Indiens, Mexikos und Südafrikas zusammen und erörterten den Heiligendamm-Prozess.

Während des Arbeitsmittagessens, das sich an das Treffen der Staats- und Regierungschefs der großen Volkswirtschaften anschloss, trafen wir mit Australien, Brasilien, China, Indien, Indonesien, Mexiko, der Republik Korea und Südafrika zusammen; ebenfalls anwesend waren die Chefs der Vereinten Nationen, der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und der Internationalen Energieagentur; auf der Tagesordnung standen wichtige globale Themen, die Weltwirtschaft, steigende Öl- und Nahrungsmittelpreise sowie die Entwicklung.

VI

G8 Gipfel 2009: Wir begrüßen das Angebot des Ministerpräsidenten Italiens, zu unserem nächsten Gipfeltreffen 2009 nach Italien einzuladen.